

Bundshaushalt 2010: Schwarz-Gelb vernebelt bis zur NRW-Wahl

Die schwarz-gelbe Bundesregierung hat den Bundshaushalt 2010 vorgelegt. Er sieht Ausgaben von 325,4 Milliarden Euro und Steuer- und sonstige Einnahmen von 239 Milliarden Euro vor. Die Neuverschuldung wird damit auf 86 Milliarden Euro steigen – ein gigantischer Betrag, zu dem weitere 14,5 Milliarden Euro für die Sondervermögen des Bundes aus der Bankenrettung und dem Konjunkturprogramm kommen. Das zusätzliche Defizit der Länder beträgt 34 Milliarden Euro, das der Gemeinden rund 12 Milliarden Euro. Im Klartext: Der Schuldenberg des Gesamtstaates wird um 146 Milliarden Euro wachsen.

Bundesfinanzminister Schäuble hat erklärt, den Haushalt präge die Finanzmarkt- und Wirtschaftskrise. Das ist zwar richtig. Aber zusätzlich verschärft das schwarz-gelbe Wachstumsbeschleunigungsgesetz mit 10 Milliarden Euro an Mehrausgaben, davon eine Milliarde Euro als Steuergeschenk für Hoteliers, die Kassenlage. Dessen einzig positive Wirkung scheint sich in Spenden an die FDP auszudrücken. Wir fordern die FDP auf, die Spende zurück zu zahlen und verlangen von der Bundesregierung in einem Gesetzentwurf, das Steuergeschenk für Hoteliers zurückzunehmen. Der FDP sind die Staatsfinanzen gleichgültig: Sie will eine Steuerreform für Reiche, die weitere 20 Milliarden Euro kosten soll. Die 40 Prozent Gering- und Normalverdiener in Deutschland haben davon nichts, im Gegenteil: Sie dürfen die Zeche für die „Besserverdiener“ zahlen. Denn den Gemeinden, den Ländern und dem Bund wird so noch mehr Geld fehlen, das sie für staatliche Leistungen wie Kitas, Schulen, Arbeitsmarktmaßnahmen, gute Polizei und für die Jugendarbeit brauchen. Und die Kanzlerin und ihre CDU machen beim Ausverkauf des Staates fleißig mit.

Vor allem aber verschweigen Merkel und Schäuble, wie es weiter gehen soll. Ab 2011 gilt die neue Schuldenbremse. Bis 2016 müssen jedes Jahr 10 Milliarden Euro eingespart werden, rechnet man die Zinsen für die Schulden dazu, sind es sogar 13 bis 15 Milliarden Euro. Dabei sind die meisten Ausgaben des Bundshaushaltes, insgesamt knapp 265 Milliarden Euro, fest gebunden, u.a. als Zuschuss zur Rentenversicherung, für das Arbeitslosengeld II, für Personal, für Zinsausgaben und vieles mehr. Gerade einmal 60 Milliarden Euro stehen zur politischen Gestaltung zur Verfügung.

Entweder muss die Bundesregierung hart sparen oder ihre Einnahmen erhöhen. Da Merkel Steuererhöhungen ausgeschlossen hat, bliebe wohl nur, die Sozialversicherungsbeiträge zu erhöhen. Mehr für die Krankenversicherung, mehr für die Arbeitslosenversicherung, aber laut Koalition nur für Beschäftigte, nicht für Arbeitgeber. All das soll natürlich vor der Landtagswahl in NRW am 9. Mai nicht gesagt werden. Vielleicht gelingt es sogar, sich über 2011 mit ein paar haushalterischen Tricks zu retten. Den Bürgerinnen und Bürgern aber vorzugaukeln, dass sich insgesamt knapp 60 Milliarden Euro bis 2013 ohne harte Einschnitte realisieren lassen, ist verlogen. Und das Hoffen auf ein besseres Wirtschaftswachstum gehört ins Märchenreich: Über 10 Prozent müsste die Wirtschaft wachsen, damit Merkel und Schäuble aus der Bredouille wären.

Alle Ministerinnen und Minister haben während der 1. Lesung des Haushalts Wohltaten angekündigt. Bundesbankpräsident Prof. Weber warnte gleichzeitig vor einer mehr als kritischen Situation für die öffentlichen Finanzen und sagte ehrlich, dass tiefe Einschnitte nicht vermeidbar sind. Das gilt erst recht, wenn die Zinsen für die Bundesschulden steigen. Und die Bundesregierung? Verschweigen und verunsichern, in der Hoffnung, sich über den Wahltermin zu retten. Die Versprechen, ihre Kraft zum Wohle des Volkes einzusetzen, scheinen vergessen.

Welche Beträge stehen realistischerweise nicht mehr für Einsparungen zur Verfügung?

in Mrd. Euro

